

## 5 Was ist gerechter Außenhandel?

### Und wie erhalten wir die demokratische Selbstbestimmung über unsere Lebensbedingungen?

Außenhandel und internationale Arbeitsteilung ist unausweichlich, Autarkie ein Irrweg. Keiner von uns will auf Kaffee, Tee, Pfeffer, Bananen, Orangen, Baumwolle, Handys, Smartphones oder iPads usw. verzichten. Und es geht nicht nur um das Einkauf von Rohstoffen, die wir im eigenen Land nicht haben. Sondern es geht auch darum, dass in anderen Ländern Waren und Dienstleistungen effizienter, mit höherer Produktivität und bzw. oder mit einem anderen Design als bei uns hergestellt werden, während Gleiches für unsere Produkte in Bezug zu anderen Länder gilt. Beim Austausch ergeben sich für alle Beteiligten Vorteile. Alle brauchen weniger zu arbeiten oder bekommen für die Arbeit mehr oder andere Waren und Dienstleistungen als ohne den Austausch. Die beteiligten Volkswirtschaften werden dadurch reicher. Dies gilt für die innere ebenso wie für die äußere Arbeitsteilung. Generell sind auch während der letzten Jahre der Globalisierung mehr Güter und Dienstleistungen pro Kopf in der Welt produziert worden und ist die absolute Armut insbesondere in Asien zurück gegangen.

**Arbeitsteilung und Kooperation macht im Prinzip reicher**

Wie das zusätzliche Sozialprodukt auf die verschiedenen Personen in den Ländern und innerhalb der Volkswirtschaften verteilt wird, ist dann eine andere Frage. Aber sie hat bestimmten Einfluss auf die Bewertung dieser Globalisierung durch die Bevölkerungsmehrheit.

**Verteilung des Reichtums bewirkt Bewertung**

Die Verteilung der Gewinne der Globalisierung ist in den letzten Jahrzehnten innerhalb der altindustrialisierten Länder zunehmend ziemlich einseitig zugunsten der oberen Einkommen verlaufen. Gleichzeitig - besonders nach den Wenden in ehemals sozialistischen Staaten - wurde die Sicherheit am Arbeitsplatz und die soziale Sicherheit für viele vermindert. Gemessen am Standard der späten 1960er und Anfang der 1970er Jahre, in dem der einzelne seinen Lebenslauf planen konnte und keiner ins „bergfreie“ fallen werde<sup>1</sup>, sind nach der Wende viele völlig aus der Bahn geworfen worden. Das setzt sich heute in vielen Ländern fort. Die Globalisierung, die abstrakt gesehen ein Segen sein könnte, ist für viele ein Fluch oder Bedrohung geworden.

**Einseitig Verteilung und zunehmende Unsicherheit machen aus potentiellern Segen eine Bedrohung**

Den Betroffenen wird von den Profiteuren gesagt, es gäbe keine Alternative, das sei quasi ein Naturprozess. So eine Art Darwinismus. Es gälte nur, sich anzupassen oder zu unterliegen. Auch die demokratischen Entscheidungen hätten sich danach zu richten - es müsse eben eine marktkonforme Demokratie eingerichtet werden. Die Oberen führen dafür ständig Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften als Fachleute an. In Wirklichkeit beschreiben sie diese schlechte Wirklichkeit nur als alternativlos, weil sie davon Vorteile haben. Die Reaktion der von der Globalisierung negativ Betroffenen ist einer-

**„Fachleute“ verkaufen die Entwicklung als alternativlos. Betroffene lassen sich nicht mehr vertrösten und wenden sich von der ganzen Veranstaltung ab**

<sup>1</sup> Dieser Begriff stammt aus dem Bergbau und wurde darauf angewandt, dass in der - durch die damalige Auswirkung der Globalisierung hervorgerufene Krise des Bergbaues - Strukturkrise niemand ins Elend gestürzt werde.

5 seits, dass sie Wirtschaftswissenschaften für einen ideologi-  
schen Hokusfokus halten, mit denen ihnen ein X für ein U vor-  
gemacht werden solle, und sie für Argumente gar nicht mehr  
offen sind. Sie sagen dem gegenüber: Ich seh´ doch, wie es  
10 ist. Sie lassen sich nicht mehr damit verträsten, auf lange Sicht  
werde das schon und die Vorteile würden auch sie als nur vor-  
läufig mit etwas Anpassungsschwierigkeiten Betroffenen errei-  
chen. Es müsse eben der Gaul erst seinen Hafer bekommen,  
damit die Spatzen in den Pferdeäppeln ihre Brosamen picken  
15 könnten. Andererseits sagen die Globalisierungsverlierer, wenn  
die Globalisierung solche unausweichlichen Folgen haben soll,  
dann wollen wir aus der ganzen Veranstaltung aussteigen. Und  
es gibt dann Leute, die reden ihnen nach dem Munde und sa-  
gen, ja das machen wir!

20 Die Presse ist voll davon, dass bei uns Arbeitsplätze verloren  
gehen, indem sie ins Ausland verlagert werden – weil dort die  
Löhne, die Steuern oder die Sozial- und Umweltstandards nied-  
riger oder die Subventionen höher sind, nicht weil dort effizien-  
ter oder besser produziert wird. Bzw. wird dort auch mit neuen  
25 und zusätzlich (auch von der EU) subventionierten Unterneh-  
mensverlagerungen auch noch effizienter produziert, während  
zu Hause die Unternehmen mit Blick auf diese Möglichkeit die  
Modernisierungsinvestitionen unterlassen und die Betriebe  
herunter gewirtschaftet haben, während sich die Eigentümer  
30 die nicht investierten Abschreibungen als Gewinne in die Ta-  
sche gesteckt haben, geschweige denn ihre Gewinne auch in-  
vestiert hätten. Sie können sich dann ja eine nigel-nagel neue  
Produktionsstätte mit nationalen, regionalen und EU Subventi-  
onen hinstellen. Und die EU finanziert dann auch noch die An-  
bindung der neuen Produktionsstätte an die Märkte.

**Reale Globalisierung  
entspricht nicht der theo-  
retisch guten**

35 Außen- und Welthandel, fortgeschrittene Globalisierung, die  
nicht wegen höhere Produktivität entstanden ist, sondern Kos-  
tenvorteile nutzt, die auf Lohn-, Sozial, Steuer- und Umwelt-  
dumping beruhen, dient nicht dem Wohlstand der Nationen,  
sondern der Verarmung der Mehrheit zugunsten der wenigen  
40 profitierenden Eigentümer. Ein solcher Außenhandel hat den  
Welthandel und die Globalisierung<sup>2</sup> in Verruf gebracht und es  
gilt ihn wieder darauf hinzulenken, dass er nicht abstrakt den  
Wohlstand der Nationen anhebt, sondern konkret allen die  
Früchte der neuen Möglichkeiten ernten lässt.

**Lohn-, Sozial, Steuer-  
und Umweltdumping ist  
die prägende Erfahrung  
für viele. Die zugrunde  
liegenden Realitäten gilt  
es zu bekämpfen**

45 Es scheint gegenwärtig so, als seien die Staaten dem Treiben  
der Mächte auf dem Welt(kapital)markt hilflos ausgesetzt. Das  
ist aber nicht objektiv so, sondern ist bewusste Politik der be-  
teiligten politisch Verantwortlichen. Z.B. mit Ceta und TTIP ha-  
ben die Verantwortlichen bzw. wollen sie die staatlichen Rege-  
50 lungen noch fester klopfen, um die rechtlichen Positionen der  
Eigentümer noch mehr zu verbessern, die diese Dumpingstra-  
tegien verfolgen<sup>3</sup>.

**Das wollen die Profiteu-  
re verhindern und un-  
umkehrbar machen**

<sup>2</sup> Der Wettbewerb, der angeblich zu höheren und besseren Leistungen führen soll, wird inzwischen von großen Kapitalien um die Beherrschung von Märkten geführt. Das ist insbesondere auf den Marktplattformen der Internet-ökonomie so. Nicht diejenigen, die die Leistungen erbringen, sondern diejenigen, die sie vermitteln und diese Vermittlungsplattformen so lange mit viel Verlusten vorwärts bringen, bis kein anderer mehr mithalten kann, streichen den Großteil der Leistungsentgelte ein. Dann können Monopolpreise für die Vermittlungsdienste genommen und die Leistungserbringer mit minimalen Entgelten abgespeist werden. – Aber das ist schwergewichtig ein anderes Thema.

<sup>3</sup> Es gibt noch andere z.B. machtpolitische Absichten dieser Handelsabkommen. Aber das ist hier nicht das Thema.

5 Aber auch im jetzigen Welthandelsregime kennt man schon  
Dumping, den es zu bekämpfen gilt. Er bezieht sich aber gene-  
rell allein auf staatliche Zuschüsse zu laufenden Produktions-  
kosten oder Investitionen, wo sie nicht ausdrücklich erlaubt  
10 sind. Und Länder, die als Marktwirtschaften anerkannt sind,  
betreiben definitionsgemäß kein Dumping. Generell zu niedrige  
Steuern, Löhne, Sozial- und Umweltstandards werden nicht  
beanstandet und sind deswegen kein Anlass für Gegenmaß-  
nahmen wie Strafzölle. Es gibt einige international geltende  
15 Mindeststandards für Arbeitsbedingungen, Löhne und Umwelt-  
belastungen besonders der IAO / ILO. Weder sind sie von allen  
Staaten fest vereinbart und zu nationalen Recht geworden,  
noch können sich alle Betroffene an entsprechende Institutio-  
nen – insbesondere Gerichte – wenden, um diese Mindeststan-  
dards auch wirksam durchzusetzen<sup>4</sup>. Und es halten sich eben  
20 selbst diejenigen Arbeitgeber nicht unbedingt daran, die in  
Ländern agieren, wo diese Mindeststandards eigentlich Gesetz  
sind.

**Verweise auf vorhandene internationale Institutionen des Schutzes vor Dumping sind ein Beleg dafür, dass sie nicht ausreichen**

25 Nun gibt es Initiativen des fair trade, die durch individuelle  
Kaufentscheidungen dafür sorgen wollen, dass kein Raubbau  
an Leben, Gesundheit und Umwelt auch in anderen Ländern  
betrieben wird. Dies ist eine achtbarer aber insgesamt nicht  
sehr wirksamer Versuch, einer Schmutzkonzurrenz Einhalt zu  
geben. Solange es keine gesetzlichen Vorschriften gibt, die  
Produktionsbedingungen und ihre Anteile zu dokumentieren  
30 und für die Produkte und Dienstleistungen aufzuzeichnen, lau-  
fen diese Bemühungen weitgehend ins Leere. Wer kann schon  
nachvollziehen und seine Entscheidung davon abhängig ma-  
chen, mit welchem Baustahl ein Haus gebaut wurde, in dem  
jemand eine Wohnung anzumieten beabsichtigt – ob wegen  
35 veralteter Produktionsmethoden zu viel Kohle dabei verwendet  
und damit zu viel CO<sub>2</sub> in die Luft gepustet wurde usw. Den Kli-  
mapass einer Wohnung zu prüfen, ist schon schwierig genug.  
Meist sind solch fair gehandelten Waren auch noch teurer als  
die allein unter aktuellen Kostengesichtspunkten hergestellten  
40 und gehandelten Waren. Die hiesigen Löhne und Gehälter und  
erst recht die Sozialeinkommen / Hartz IV orientieren sich aber  
an den niedrigsten Preisen. Bezieher niedriger Einkommen  
können sich höhere Preise aus Idealismus nicht leisten.

**Appelle an individuell moralisches Handeln sind Ablenkung und schaffen höchstens individuell gutes Gewissen, nicht schuld zu sein**

45 Sind wir diesen Marktgesetzen also hilflos ausgesetzt? Geben  
sie die Richtung der Entwicklung vor?

**Ist marktkonforme Demokratie alternativlos**

Das scheint mir nicht so. Es gibt zwei eingeführte Methoden,  
die die lokalen oder nationalen Regelungen so behandeln, als  
seien sie im Inland hergestellt:

50 Mehrwertsteuer: Auch im gemeinsamen Markt / Binnenmarkt  
Europas selbst der Eurozone werden Lieferung und Leistungen  
über die Binnengrenzen hinweg noch als Ex- und Import be-  
handelt und sie werden an den internen Grenzen registriert und  
fiskalisch bearbeitet: Die auf die auszuführende Ware bis dahin  
55 am Produktionsort angefallene Mehrwertsteuer wird zurücker-  
stattet und sie wird mit der am Zielort üblichen Mehrwertsteuer  
belastet. **Diese Methode könnte auch auf andere nationale  
Kostenfaktoren angewendet werden.**

**Inlandsprinzip auf Außenhandel anwenden**

<sup>4</sup> Obwohl z.B. es seit dem Jahr 1970 das Übereinkommen (d.h. verbindlich für die Mitgliedsländer) Nr. 131 der ILO zur Festsetzung von Mindestlöhnen gibt, hat die Bundesrepublik erst in dieser Legislaturperiode (2015) einen solchen eingeführt.

- 5
- Lokale Steuern: In den USA und Kanada werden die lokalen Preise z.B. in Burger-Bratereien für die Konsumenten von national agierenden Konzernen nur in Nettopreisen ausgezeichnet. An der Kasse werden dann lokale Steuern aufgeschlagen, so dass man dort Bruttopreise
- 10
- Unitary Taxation wird in den USA und Kanada zur internen Verteilung der Unternehmenssteuern auf die Bundesstaaten angewandt, damit keine Steuerflucht bzw. Steuerwettlauf nach unten stattfindet. Die OECD und EU hat so etwas auch schon für ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche empfohlen<sup>5</sup>. Bisher ohne Erfolg.
- 15

Diese fiskalische Behandlung von Waren und Dienstleistungen im Außenhandel ließe sich auch auf andere Produktionskosten übertragen. Man würde von dem Prinzip, dass alle Kostenfaktoren in den internationalen Wettbewerb einbezogen werden, abrücken und dazu übergehen, dass nur die unmittelbaren Produktionsfaktoren in einen Leistungswettbewerb treten. Die durch die Politik beeinflussten Allgemeynkosten werden nicht mehr dem Ausgangsland einer Ware oder Dienstleistung zugeordnet, sondern nach den Regeln des Ziellandes belastet.

**Nur Produktionsfaktoren in Leistungswettbewerb einbeziehen. Politisch auferlegte Kostenfaktoren nur im Inland gültig – auch für Importe**

Z.B. Lohnkosten: Sie hängen einerseits ganz entscheidend von der Produktivität der Herstellung ab – was zum berühmten Vergleich der Lohnstückkosten führt. Und die hängen in weitem Maße von den Naturbedingungen einerseits und von den Investitionen und Organisationsformen der Arbeit ab. Und da macht es Sinn, wenn z.B. Nahrungsmittel dort erzeugt werden, wo für sie die relativ günstigsten natürlichen Bedingungen herrschen und wo die Landaufteilung und landwirtschaftliche Produktionsstrukturen am besten zueinander passen. Zu den Umweltauflagen und deren Behandlung weiter unten.

Aber die Kosten hängen auch von der Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen und den sozialen Sicherungssystemen ab. Wenn es in einem Land A Mindestlöhne gibt, die über denen einer konkurrierenden Produktion in einem Land B liegen, das sonst die gleichen Produkte herstellt, hieße das im Prinzip, dass im Land B alle Produkte mit niedrigen Löhnen für beide Länder hergestellt würden, wenn es die Kapazitäten zuließen, und im Land A zwar der Mindestlohn gälte, aber niemand ihn bekäme, weil mit ihm nichts produziert würde (ähnlich wie der Spruch von Peer Steinbrück zur Kapitalertragssteuer: Niedriglohn mal X ist mehr als Mindestlohn mal nix.).

Diese Verzerrung könnte man ausgleichen: Die Länder, die einen Mindestlohn eingeführt haben, dürfen bei importierten Waren oder Dienstleistungen eine Abgabe so erheben, dass die Lohndifferenz (nach Kaufkraftparitäten) zum politischen Mindestlohn ausgeglichen wird. Markt-/ Tarifröhne, die darüber liegen, würden dagegen nicht ausgeglichen. Es müsste also der Arbeitsaufwand in Stunden und die bezahlten Löhne, die zur Herstellung einer Ware oder Dienstleistung aufgewandt wurden, festgehalten und den Exportpapieren beige-

**Kosten für Mindestlöhne an Grenze des importierenden Landes mit den höheren Mindestlöhnen durch Abgaben hochschleusen**

<sup>5</sup> Stattdessen dreht dieser Wettlauf zu niedrigeren Unternehmenssteuersätzen durch die Ankündigung des britischen Finanzministers eine neue Runde, um die befürchteten wirtschaftlichen Folgen des Brexit entgegen zu wirken.

5 fügt werden. Im importierenden Land A könnte die Ware mit  
einer Abgabe belastet werden, die die Differenz zwischen ge-  
zahlten Löhnen pro Stunde im Land B und den Mindestlöhnen  
im Inland A ausgleichen würde. Sollte im Herkunftsland B sehr  
viel weniger Stunden je Produktionseinheit aufgewandt worden  
10 sein, so wären die Importe in A aus B auch mit Angleichung auf  
die Mindestlöhne in A immer noch billiger als die einheimische  
Produktion im Land A. Dieser Produktivitätsvorteil soll nicht  
ausgeglichen werden, sondern ist der tatsächliche Gewinn der  
Globalisierung. Es ergäbe sich im Land B dann aber ein Druck,  
15 die Löhne tatsächlich an die in Land A anzugleichen / zu erhö-  
hen. Denn wenn die Kosten der Mindestlöhne ohnehin gezahlt  
werden müssen, dann doch besser an die eigenen Beschäftig-  
ten als an den importierenden Staat.

Entsprechende Überlegungen sind für die Abwehr von Sozial-  
dumping anzustellen und dadurch entstehende Kostennachteile  
an den Grenzen auszugleichen. Zu unseren sozialen Grund-  
rechten gehört die berufsgenossenschaftlichen Unfallversiche-  
rungen, der Krankenversicherungsschutz für die Familie und  
die Rentenversicherung sowie gesetzlicher Anspruch auf Jah-  
resurlaub, die z.T. oder ganz von den Arbeitgebern getragen  
werden. Diese Sozialleistungen gehen in die Lohnkosten ein.  
Für die hier gesetzlich gesetzten Mindeststandards müssten an  
den Grenzen entsprechende Ausgleichszahlungen erhoben  
werden. Wie bei der Mehrwertsteuer könnten die exportieren-  
den Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen von den  
entsprechenden Kosten entlasten lassen<sup>6</sup> und würden in den  
aufnehmenden Volkswirtschaften, die entsprechende Regelun-  
gen haben, entsprechend den dortigen Gepflogenheiten belas-  
tet werden. Tarifliche Zusatzleistungen würden nicht unter die-  
se Regelungen fallen.

Beim Steuerdumping geht es insbesondere um Unternehmens-  
steuern wie die Gewerbesteuer. Auch da könnte man die hiesi-  
gen Steuersätze auf die importierten Waren erheben im Maße  
der hier erhobenen Steuersätze, da man sich ja nicht einmal in  
der EU auf Mindeststeuersätze für Unternehmen einigen kann,  
und beim Export die erhobenen Steuern entsprechend zurück-  
erstaten. In Deutschland gibt es bei der Gewerbesteuer u.a. je  
nach Gemeinde unterschiedliche Hebesätze. Beim Import  
müssten dann ein Durchschnittswert angesetzt werden. Die  
Idee in besser ausgeführter Form wurde unter dem Namen  
Unitary Taxation von der OECD und EU schon vorgeschlagen  
und wird in den USA und Kanada in der internen Steuervertei-  
lung auf die Bundesstaaten schon angewandt.

Im gleichen Sinne müssten Subventionen im Außenhandel aus-  
geglichen werden. Mit Subventionen hergestellte Waren und  
Dienstleistungen müssen beim Export die Subventionen zurück  
zahlen. Das gilt auch für Steuersubventionen. Die Bundesre-  
gierung hat eine lange Liste der Subventionen auch der Steu-  
ersubventionen. Selbst die EU kann ja die einzelnen Firmen  
und Personen benennen, die und wie viel Subventionen sie be-  
kommen haben – die stehen sogar im Internet. Es macht für die  
Inländer eigentlich keinen Sinn, das Ausland zu subventionie-  
ren – und es geschieht trotzdem. Allerdings können auch die

**Sozialdumping verhin-  
dern durch Erhebung  
von Abgaben auf Waren  
beim Import, die ohne  
Sozialkosten hergestellt  
wurden. Beim Export gilt  
das Nettoprinzip**

**Steuerdumping verhin-  
dern: Auch da das In-  
landsprinzip**

**Inländische Subventio-  
nen bei Ausfuhr an den  
Grenzen zurück fordern**

<sup>6</sup> Das geschieht in Deutschland schon in der Schifffahrt. Reedereien werden von den Sozialkosten für ihre Schiffs-  
besatzungen weitgehend entlastet, wenn sie ihre Schiffe weiter unter deutscher Flagge fahren lassen.

5 importierenden Länder entsprechende Abgaben zum Schutz vor der subventionierten Schmutzkonzurrenz erheben. Das letztere wäre für das exportierende Land aber sehr nachteilig, denn damit würden sie einen fremden Staat indirekt subventionieren, ohne einen Handelsvorteil dadurch zu haben.

10 Bei Dienstleistungen gilt das ebenso: Versicherungssteuern sind bekannt. Wenn inländische Werte versichert werden, können die Steuern erhoben werden, wenn ausländische Versicherer ohne oder mit niedrigeren Versicherungssteuern beauftragt und die Zahlungen geleistet werden. Auch wenn Banken z.B. 15 Finanzgeschäfte für Inländer ausführen, dann können ihnen ggf. eingeführte Finanztransaktionssteuern berechnet werden, wenn es die an dem ausländischen Handelsplatz nicht oder in nur sehr viel geringer Höhe gibt. Auch die riesigen Unternehmen im Internet, Handelsplattformen, soziale Netzwerke und 20 sonstige durch Werbung finanzierte Unternehmen wie z.B. Google fielen darunter. Z.B. die bei Google werbenden Unternehmen zahlen für eine importierte Dienstleistung – die Werbung auf den entsprechenden Internetseiten. Entsprechend könnte ihre Dienstleistung mit Mehrwertsteuer und der Unitary Tax Gewerbesteuer belegt werden. Auch Streaming-Dienste, 25 die vom Endkunden bezahlt werden, entziehen sich diesen Importabgaben nicht aus prinzipiellen Gründen.

**Dienstleistungsimporte, auch solche über das Internet wie Google, im Prinzip gleich behandeln**

Bei importierten Fahrzeugen ist unbestritten und wird gar nicht 30 diskutiert, dass sie den Umweltvorschriften und Sicherheitsstandards des Ziellandes entsprechen müssen. Nun kann ein Land A z.B. aus Umweltschutzgründen auch noch technische Bestimmungen z.B. über Düngemittelbeschränkungen erlassen haben. Dies mag die Produktivität des Bodens (vielleicht nur kurzfristig) einschränken, während das exportierende Land B 35 Raubbau betreibt und auf Schutz des Grundwassers keine Rücksicht nimmt. Dieser daraus entstehende Produktivitätsnachteil im Land A kann berechnet werden. Auch dafür müsste ein Nachteilsausgleich auf entsprechende importierte Ware erhoben werden. Der Nachteilsausgleich würde sich daran bemessen, wie viel weniger auf einem nach gesetzlichem Standard gedüngten Boden gegenüber einem, der durch maximale 40 Düngung auf gleichem Boden getunt wurde, geerntet wird.<sup>7</sup> Umgekehrt wären landwirtschaftliche Erzeugnisse beim Export um diese politisch auferlegten Kosten zu entlasten.

**Technische Umweltschutzvorschriften mit finanziellen Kostenerhöhungen durch Grenzabgaben ausgleichen**

45 Schwierig wird es natürlich für solche Umweltvorschriften einen finanziellen Ausgleich im internationalen Handel zu finden, wie z.B. die in unserer Landwirtschaft, dass die Bauern um die Felder unbeackerte Grünstreifen für Wildtiere und –pflanzen lassen müssen. Das gilt bei vielen lokal sehr spezifischen 50 Auflagen zum Schutze der Natur – auch für Gewerbeflächen. Allerdings senken solche Auflagen die davon betroffenen Grundstückspreise, so dass in den Produktionskosten dieser Anteil an den Kosten niedriger sein dürfte und die Wettbewerbsfähigkeit darüber mindestens z.T. wieder hergestellt würde.

55 Wird das nicht alles viel zu kompliziert und gibt es dafür denn die Daten?

**Datengrundlage und Bürokratie?**

<sup>7</sup> Dass Klima und Böden bei sonst gleichen Bedingungen unterschiedliche Erträge hervorbringt und damit auch Einkommen insbesondere der Grundbesitzer, gehört zu einer anderen Kategorie und wird hier nicht behandelt und auch nicht ausgeglichen.

5 Ja, die Daten gibt es weitgehend schon heute. Generell in den volkswirtschaftlichen Input- Outputtabellen. Und betriebswirtschaftlich im Rechnungswesen. Von jedem Stück Fleisch und jedem Ei kann man über Ozeane hinweg nachverfolgen, wo das Tier herkam, wo es geboren wurde, wo es aufgewachsen ist, wie es gemästet wurde und wo und wann es geschlachtet bzw. eingesammelt wurde. Diese Informationen wären nur zu verarbeiten.

10 Das gilt auch z.B. vom Stahl. Von jeder Schiene oder Blechrolle weiß man, wo und unter welchen Bedingungen und welchen Zutaten sie hergestellt wurden. Also weiß man auch, wie viel und welche Energie dafür verwendet wurde und damit, welche CO<sub>2</sub> Emissionen daraus entstanden sind. Entsprechend können CO<sub>2</sub> Abgaben beim Export zurückgezahlt und beim Import nach dem Inlandsprinzip belastet werden.

20 Für die Energie gilt das erst recht: Es ist klar, welche Energien verwendet und mit welchen Abgaben sie belastet werden, welche Umweltschäden sie verursachen usw. usf. Die entsprechenden Ent- und Belastungen durch Regelungen, um erneuerbare Energien zu fördern, können an den Grenzen ausgeglichen werden. Dann brauchen in Deutschland die Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, nicht mehr generell, also auch mit ihrem Inlandsverbrauch von Energie, entlastet zu werden, sondern nur die exportierten Teile, weil Importe ja gemäß der verbrauchten Menge und Art der Energie nach inländischen Regelungen belastet werden. Die Importwaren, die mit wenig und / oder sauberer Energie produziert wurden, bekommen insofern einen Kostenvorteil auf dem Importmarkt – z.B. österreichischer Stahl. Die anrühige Bürokratie, die Unternehmen von der EEG Zahlungen entlastet, weil sie im internationalen Wettbewerb ständen, entfielen dann komplett.

35 Im Übrigen scheut Politik ja komplizierte Regelungen nicht: Es wurden mal in einem Kabarett nur die Bestimmungen über die Mehrwertsteuer vorgelesen, die Weihnachtsschmuck betrafen – unkommentiert. Es war eine ziemlich lange Nummer und wurde in zunehmendem Maße der brüllendste Lacher des Abends. Die von Wirtschaftspolitikern und der Wirtschaft so hoch gelobten Handelsabkommen CETA, TTIP, TISA usw. sind jeweils auch viele hunderte Seiten stark und enthalten auf jeder Regelungen, die inzwischen durch Begleitbriefe noch mal erläutert und präzisiert worden sein sollen. Wer eine Vereinfachung will, kann ja die verschiedenen Mehrwertsteuersätze abschaffen und die Sozialhilfe-, Grundsicherungs- und Hartz IV -sätze entsprechend der damit verbundenen Preissteigerung im Lebensmittelbereich erhöhen.

50 Kann man auch Daten von multinationalen Firmen erhalten, die komplett im Ausland agieren?

55 Wenn es sich um ausländische Rechtspersonen handelt, die nur im Ausland agieren, natürlich nicht. Aber dann haben sie mit den hier in Rede stehenden Außenhandel ja auch nichts zu tun.

Was die Finanzdienstleistungen anbelangt, wird spätestens seit den „Panama Papers“ angestrebt, dass von allen Firmen öffentlich bekannt gemacht wird, zu wessen Gunsten sie agieren. Wird diese Regelung eingeführt, dann könnten die ent-

**Energie-Einsparungs-Gesetz ist ein Beispiel, wie Umweltschutz durch entsprechende Außenhandelsregeln vorgebracht, die Kosten gesenkt und die Regeln vereinfacht werden können.**

**Bürokratie ist ein wohlfeiles Schreckgespenst, das nur dann losgelassen wird, wenn es genehm ist, und man inhaltliche Ziele verfolgen will, ohne sie zu benennen.**

5 sprechenden Abgaben und Entlastungen nach dem Inländerprinzip auch den jeweils Betroffenen zugerechnet werden.

Solche Regelungen würden natürlich leicht zu nichttarifären Handelshemmnissen und Exportsubventionen bzw. zu kriminellen Handlungen<sup>8</sup> missbraucht. Deswegen wäre z.B. die WHO, IAO und bzw. oder andere internationale Organisationen die Gremien, Die diese Kostenvor- oder -nachteile danach bewerten müssten, ob sie ein Ausgleich für inländische Regelungen sind oder darüber hinausschießen. Das wären dann aber keine „Schiedsgerichte“, in denen die Firmenvertreter Richter wären, sondern echte unabhängige Gerichte, bei denen Firmenvertreter eben nur die Anwälte der klagenden Parteien wären.

Solche Regelungen führten weg von der „marktkonformen Demokratie“ hin zu einer Demokratie, die wieder die Lebensumstände demokratisch gestaltbar machen würde.

20 Solche Regelungen würden die internationale Konkurrenz wieder auf einen Leistungswettbewerb zurückführen, wer produziert besser und nicht wer gewinnt durch Raubbau an Natur, Menschen und Staat. Unternehmen würden wieder auf den Pfad zurückgeführt werden, ihr Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen.

Durch solche Regelungen erhielten die Nationen ihr demokratisches Recht zurück, ihre Angelegenheiten im Inneren wieder nach den eigenen Prinzipien und politischen Mehrheiten zu regeln, ohne von den Unternehmen durch die Drohung erpresst zu werden, dass sie in Gebiete mit geringeren Auflagen oder Steuern abwandern würden.

35 Ein solcher Grenzausgleich nach dem Inlandsprinzip, bei dem Exportgüter bei der Ausfuhr von inländischen politisch verursachten finanziellen (Kosten-) Belastungen befreit werden, führt bei den öffentlichen Händen zu Mindereinnahmen – während die Belastungen der Importe diese wieder ausgleichen. Das gilt nicht für Länder mit anhaltenden Zahlungsbilanzüberschüssen. Es würde also für Deutschland umso irrationaler, an seinen ständigen Außenhandelsüberschüssen festzuhalten – was sowieso schon dumm und gesetzwidrig ist. Siehe dazu mein Beitrag „Die Schwächen eines Exportweltmeisters“  
<http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20131112.pdf>

45 Solche hier angedachten Regelungen analog zu den schon vorhandenen in der EU und Nordamerika sind gegenwärtig nicht in der Diskussion – mit Ausnahme vielleicht der Mindestbesteuerung von Unternehmen. Aber die Möglichkeiten dazu müssen offen gehalten werden.

50 TTIP schreibt die gegenwärtigen ungerechten Regelungen, die nur die Gewinne der Eigentümer und die Macht der zusammengeballten Kapitalien zu Lasten aller anderen Menschen erhöhen und schützen sollen, unwandelbar fest. Deswegen sind zunächst einmal TTIP, CETA und die anderen Verträge zu verhindern, um dann von unserer – der nicht vermögenden Bürger – Seite aus, die Diskussion für einen gerechten Welthandel

**Handelsregulierungen bergen immer die Gefahr des Missbrauchs. Multilaterale Organisationen sollten über sie wachen und bei Streit unabhängig urteilen können.**

**Rückgewinnung demokratischer Kontrolle über die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft.**

**Ständige Exportüberschüsse werden auch fiskalisch irrational**

**TTIP, CETA u.a. machen eine Rückkehr zu demokratischer Selbstbestimmung unmöglich**

<sup>8</sup> Mir Erinnerung sind die Steuerbetrügereien mit den Mehrwertsteuersätzen auf nur scheinbar exportierte Waren und die Betrügereien bei den CO<sub>2</sub>Zertifikaten und Verschmutzungsrechten.



5 neu zu eröffnen<sup>9</sup>. Man muss zuerst abbremsen bevor man eine Kurve fahren kann.

Wenn es nicht gelingt, die Regeln so zu ändern, dass der Welthandel darauf gerichtet wird, den Wohlstand insgesamt zu erhöhen und zwar so, dass an der Erhöhung alle beteiligt werden, werden die Kräfte immer stärker, die das Kind mit dem Baade ausschütten wollen und sich nicht mehr anders zu helfen wissen, als die ganze Veranstaltung zu verlassen. Dies hätte dann u.a. den Zerfall der Europäischen Union zu Folge. Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt, so sind die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die Renationalisierung usw. doch ein Menetekel, das man durchaus immer wieder lesen sollte, auch wenn Deutschland dies mal nicht der Pleitestaat in Europa wäre.

**Ohne Reform des Welthandelssystems werden die Globalisierungsverlierer die internationalen Organisationen zerschlagen oder die wenigen Profiteure es nur mit diktatorischen Mitteln aufrecht erhalten können.**

20 Nachtrag:

Es gibt noch mehr Gefahren für die Menschen, die den Fortgang der Arbeitsteilung im inneren und im Außenhandel nicht selber steuern.

Eine solche Neuordnung des Außenhandels, um seine Vorteile und die demokratische Selbstbestimmung zu bewahren, würde bei weitem nicht alle Probleme lösen, die mit dem internen und externen Wettbewerb und den ständigen Veränderungen in der Wirtschaft verbunden sind.

- Die Digitalisierung vieler Wirtschaftsbereiche hat in der Vergangenheit schon viele Branchenkrisen und Strukturbrüche verursacht und wird das weiter tun. So sind in Deutschland ganze Industriezweige wie z.B. die Uhren- und die Fotoapparateindustrie bis auf wenige Ausnahmen verschwunden<sup>10</sup>. Sie waren geprägt von der Feinmechanik und Strukturen, die eher dem Verlagswesen ähnelten als automatisierten industriellen Produktionstechniken. Sie waren nicht in der Lage aus sich heraus die elektronischen Uhrenchips zu entwickeln und erst recht nicht, sie im großen Maßstab herzustellen und anzuwenden<sup>11</sup>. Ähnlich kann es z.B. auch Teilen des Maschinenbaus ergehen, wenn z.B. 3D Drucker Formteile schneller, billiger, besser und flexibler herstellen können als formende oder spanabhebende Maschinen. Ob die Maschinenbauunternehmen, die solche traditionellen Maschinen herstellen, in der Lage sind, diesen totalen Schwenk an vorderster Front mit zu vollziehen, ist zweifelhaft. Aus solchen Veränderungen entstehen Strukturbrüche, denen manchmal ganze Regionen ausgesetzt sind, wenn die Menschen dort nicht selber aktiv die Veränderung betreiben. Inzwischen sind es weitgehend die Gewerkschaften, die strategische und langfristig orientierte Investitionen von ihren Arbeitgebern anmahnen, während die Eigentümer häufig kurzfristige Veränderungen befürworten, die schnell Gewinnerhöhungen versprechen.

**Digitalisierung, Industrie 4.0**

<sup>9</sup> Siehe dazu mein Beitrag „Staatsstreik durch TTIP?“ <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20160707.pdf>

<sup>10</sup> Auch die Herstellung von analogen Filmen auf der Basis von Silberjodid ist fast ganz verschwunden wie z.B. die Firmen Agfa und Kodak.

<sup>11</sup> Auch hier gilt: In der Welt gibt es jetzt mehr, bessere, billigere, vielfältigere, haltbarere Uhren als zur Zeit der feinmechanischen Herstellung hauptsächlich in einigen Schwerpunkten in Westeuropa. Es arbeiten heute weltweit wohl auch mehr Menschen in der Uhrenindustrie als vor diesem Strukturbruch. Und sie haben häufig interessantere Jobs als mit gebeugtem Rücken und Lupe Uhrwerke zusammen zu setzen. Es gibt viel mehr Arbeiten, modische oder multifunktionale Uhren zu entwerfen, Marktforschung dafür zu betreiben und Werbekampagnen auszuhecken. Aber die ehemals in der Uhrenindustrie Beschäftigten haben häufig keinen Anschluss an die neuen Arbeitswelt gefunden und konnten ihr Leben und Lebensabend nicht mehr frei gestalten – viele empfanden sich als Opfer.

- 5
- Die Verbilligung und Beschleunigung der Gütertransporte hat bei den Massengütern über See begonnen. Die Bulkcarrier und Tanker wurden immer größer und die Kosten pro transportierter Einheit sanken drastisch. Dadurch rückten Massengüter wie Kohle, Eisenerz und Öl ökonomisch näher an Deutschland und Westeuropa heran. Die in Übersee wegen der Naturgegebenheiten z.T. sehr viel einfacher als denen in Westeuropa abzubauenen Lagerstätten führten so zu stark sinkenden Angebotspreisen in Westeuropa.
- 10

**Verbilligung und Beschleunigung der Gütertransporte**

Die Krisen in den Bergbaurevieren Europas waren eine Folge davon. Zwar stieg dadurch – hier mal abgesehen von der CO<sub>2</sub> Problematik – der allgemeine Wohlstand, weil mit weniger Arbeit und längst nicht so belastender und gefährlicher Maloche mehr Güter produziert wurden. Aber die Bergbaureviere für Eisenerz und Kohle in Westeuropa erlebten eine anhaltende Krise und Verarmung, von der sie sich weit verbreitet bis heute noch nicht erholt haben, obwohl z.T. erhebliche politische Anstrengungen unternommen wurden, den Strukturwandel ohne Verelendung ganzer Regionen hin zu bekommen. Die hier vorgesehene Änderung der Außenhandelsregulierung hätte diesen Strukturwandel jedenfalls nicht aufgehalten.

**Bergbaukrise so nicht abzuwenden**

- 15
- Gleichzeitig verschwand die Bekleidungsindustrie<sup>12</sup> in Deutschland in Richtung Asien. Aber nicht so sehr wegen der günstigen Seetransporte – das auch mit der Containerschiffahrt – sondern wegen der niedrigen Löhne und gruseligen Arbeitsbedingungen in den asiatischen Ländern. Weil die Beschäftigten dieses Industriezweiges weder räumlich so konzentriert waren noch gewerkschaftlich so organisiert waren noch industriepolitisch so wichtige Güter herstellten und daher weniger Verhandlungsmacht besaßen, verlief der Abbau dieser Arbeitsplätze und Industriestrukturen viel geräuschloser. Dieser Strukturwandel wäre so nicht passiert, hätte es damals bei uns schon Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen gegeben, die an den Außengrenzen Deutschlands geschützt worden wären.
- 20
- 25

**Bekleidungsindustrie hätte den leise wimmernden Abgang so nicht durchmachen müssen**

- Ein wieder anders gelagerter Fall ist die Werftindustrie. Der Großschiffbau mit einem einst weltweiten Schwerpunkt in Westeuropa ist in den 1970er bis 1990er Jahren nach Asien verlagert worden. Dies lag ganz wesentlich an dem mangelnden Willen der Eigentümer der Werften, massiv zu investieren. Die Meyer-Werft in Papenburg, nun wirklich kein idealer Standort für Großschiffbau, ging einen anderen Weg. Sie investierte in Rationalisierung und überlebte. Ihre Eigentümer waren eine Familie, deren Standbein die Werft war. Während die anderen Werften meist Stahlkonzernen gehörten, die anderswo ihren Schwerpunkt sahen. Solche vertikale Konzentration führt immer wieder zu Verschiebung von erwirtschafteten Mitteln in andere Konzernbereiche, wodurch ganze Unternehmensteile den Bach runter gehen, obwohl sie eigentlich nichts falsch gemacht haben. Siemens verhält sich seinen auch traditionellen Geschäftsfeldern gegenüber wie eine Heuschrecke. Sie verkaufen und kaufen Firmen. Langfristige Investitionen und Aufbau neuer Geschäftsfelder ist nicht ihre Sache.
- 30
- 35
- 40
- 45
- 50

**Werftenkrise entstand durch mangelnde Investitionen durch die Eigentümer, nicht durch „objektive Faktoren“**

<sup>12</sup> Die Textilindustrie hat sich dagegen in Westeuropa durch Investitionen einen starke Stellung erhalten. Sie ist eine der kapitalintensivsten Industrien geworden. Deutschland ist nach wie vor ein Zentrum für technische Garne und Gewebe. Italien für modische Stoffe.

- 5
- Der Wettbewerb, der angeblich zu höheren und besseren Leistungen führen soll, wird inzwischen von großen Kapitalien um die Beherrschung von Märkten geführt. Das ist insbesondere auf den Marktplattformen der Internetökonomie so. Nicht diejenigen, die die Leistungen erbringen, sondern diejenigen, die sie vermitteln und diese Vermittlungsplattformen so lange mit viel Verlusten puschen, bis kein anderer mehr mithalten kann, streichen den Großteil der Leistungsentgelte ein. Dann können Monopolpreise für die Vermittlungsdienste genommen und die Leistungserbringer mit minimalen Entgelten abgespeist werden. – Aber das ist schwergewichtig ein anderes Thema, wenn auch eines, das den Welthandel mit in Misskredit bringt, weil einerseits die Arbeitnehmer und Leistungserbringer leiden und andererseits die Kapitalien immer höhere Profite erwirtschaften. Aber selbstverständlich haben in der Konkurrenzphase die Kunden der Plattformen auch Vorteile, auch wenn sie dafür viel Zeit aufwenden müssen.
  - Kein Betroffener hat Lust, die verschiedenen Ebenen der Strukturveränderungen feinsinnig auseinander zu halten. Für diesen Kampf der großen Kapitalien um Monopolstellungen muss z.B. im Kartellrecht eine Lösung gefunden werden. Zwei Beispiele aus der damals noch analogen Wirtschaftswelt:
    - Ein Beispiel sind die Brauereien. Davon gab und gibt es in Deutschland sehr viele. Sie sind in den letzten Jahrzehnten zunehmend in Abhängigkeit von großen Verlagen geraten wie z.B. Beck's Bier in Bremen (lange Jahre die Brauerei in Deutschland mit den meisten exportierten Hektolitern Bier) von Anheuser-Busch – InBev, deren Kern die Stella Artois-Brauerei in Belgien ist. Und im Oktober 2016 wurde auch noch die Brauereigruppe SAB-Miller mit Schwerpunkten in Afrika und Australien für 96 Milliarden Euro von Ab-InBev übernommen. Das sind Beträge, die nichts mehr mit technischer Rationalisierung oder Modernisierung zu tun haben sondern reine Machtpolitik auf den Märkten danach darstellen, wer mehr Kapital mobilisieren kann, gerade mit der Absicht in den stark durch Konkurrenz gekennzeichneten Märkten Strukturen durchzusetzen, die diese Preiskonkurrenz möglichst vermeidet. Die Eigentümer von Beck's, die über Jahrzehnte traumhafte Kapitalrenditen aus ihrer Brauerei gezogen haben, haben aber selbst nicht genügend investiert, um den neuen Absatzbedingungen zu entsprechen, sondern haben lieber ihr Unternehmen verkauft. Nun ist Beck's nur noch ein Markenname, der gehandelt und ausgeschlachtet wird. Und AB-InBev verhält sich wie eine Heuschrecke: Es werden zwar neue Produkt- und Absatzstrategien unter dem Markennamen veranstaltet, aber nicht so sehr in Produktivität investiert, sondern die Produktion an billigere Standorte verlagert, und dabei die Zahl und die Einkommen der Beschäftigten in Bremen vermindert.
    - Anders haben sich die Eigentümer von CEWE Color verhalten. CEWE war ein großes Entwicklungslabor für analoge Filme in Oldenburg. Die Eigentümer sahen, dass sich mit der digitalen Fotografie ihr Geschäftsmodell total änderte. Entsprechend haben sie Kapital angespart, um einen Turn around zu finanzieren. Dies sah eine amerikanische Heuschrecke, eine der Kapitalanlagegesellschaften, kaufte eine Beteiligung an der Aktiengesellschaft und schlug vor, die angesparten Beträge mit einer Sonderdividende an die Akti-

**Kapitalkonkurrenz um Macht und Monopole statt Leistungswettbewerb. „Heuschrecken“**

**Beck's Brauerei Opfer einer Heuschrecke**

**Wie man sich gegen „Heuschrecken“ wehrt**

5                    onäre auszuzahlen und die Investitionen auf Kredit zu finan-  
zieren. Die Mehrheit der Aktienbesitzer verweigerte sich  
dem schnellen Profit und stemmte die Investition weitgehend  
aus Eigenkapital. Heute ist CEWE Color die größte Firma in  
10                    Europa, die Fotoprodukte aus der digitalen Fotografie pro-  
duziert wie z.B. Fotobücher, Fotokalender, Fotogeschenke  
usw.

15                    Wer nicht dafür sorgt, dass die Welt besser wird, sondern die vorhandene nur noch einzemen-  
tiert, der handelt symbolisch wie Ulbricht / Honecker, die glaubten, ihr Regime durch eine Mauer  
schützen zu können. TTIP, CETA, TISA usw. sind juristische Mauern, und die Forderung der  
CSU nach Obergrenzen der Zuwanderung oder Brexit oder eine Mauer an der mexikanisch – te-  
xanischen Grenze sind andere Formen, sich gegen die Auswirkungen der Globalisierung zu  
wehren – ohne die Ursachen der undemokratischen Herrschaft dieser Prozesse zu beseitigen.